



So war es einmal: Blick auf das Zeltlager der Kreisjugendfeuerwehr Hofgeismar 2019 in Udenhausen. In der Pandemie ist so etwas nicht möglich – deswegen hat die Jugendfeuerwehr die Idee eines virtuellen Zeltlagers entwickelt.

ARCHIVFOTO: SASCHA HOFFMANN

10 000 Euro für virtuelles Zeltlager

Herzensprojekte-Aktion von Eon unterstützt Jugendfeuerwehrverband

Hofgeismar – Manchmal haben Absagen infolge der Corona-Pandemie ganz unerwartete und erfreuliche Folgen. Zum zweiten Mal muss der Kreisjugendfeuerwehrverband Hofgeismar sein traditionelles Zeltlager streichen. Stattdessen lädt er zum virtuellen Zeltlager ein. Und für dieses Projekt hat er gerade 10 000 Euro vom Energieversorger Eon bekommen.

Mit diesem Zeltlager hatten sich die Jugendwehren aus dem Kreisteil bei dem Münchener Unternehmen für die Herzensprojekte-Aktion angemeldet. In einer Online-Abstimmung wurden die Gewinner ausgewählt. Dabei gab es für Hessen die meisten Stimmen für den Brandschützer-Nachwuchs, nämlich

5300. Diese Stimmen bescherten dem Jugendverband die stattliche Unterstützung des Energieversorgers. Das „Holle Rock Festival“ (Hes-

„**Ein Jahr ohne Zeltlager ist kein richtiges Jugendfeuerwehr-Jahr.**“

Desiree Klinge
Kreisjugendwartin

sich Lichtenau) und die Jugendhilfestation „Altes Sägewerk“ (Schenklingfeld-Wüstfeld) werden jeweils mit 1000 Euro gefördert.

„Kinder und Jugendliche sind unsere Zukunft. Uns war es deshalb wichtig, den

Schwerpunkt unserer regionalen Förderung 2021 auf Initiativen aus der Jugendarbeit zu legen“, sagte Wolfgang Noetel, Geschäftsführer bei Eon Energie Deutschland. Das Engagement der Projektpaten sei beeindruckend. Noetel gratulierte der Kreisjugendfeuerwehr zum Hauptgewinn der Herzensprojekte-Aktion in Hessen.

„Ein Jahr ohne Zeltlager ist kein richtiges Jugendfeuerwehr-Jahr“, sagt Kreisjugendwartin Desiree Klinge aus Ehrsten. Für die mehr als 500 Jugendlichen sei das Zeltlager ein Höhepunkt der Feuerwehr-Arbeit.

Für das virtuelle Zeltlager komme die finanzielle Unterstützung gerade recht, freute sich Klinge. Der Verband kön-

ne das Geld gut zur Finanzierung gebrauchen. Über Computer oder Handy verbinden sich die Teilnehmer – beispielsweise aus einem Zelt im Garten. Die Organisatoren haben unter anderem eine Dorfrallye geplant. Wie beim richtigen Zeltlager können sich die Jugendlichen selbst verpflichten. Dazu liefert die Wehr Kochrezepte. Lagerfeuer und ein Stadt-Land-Fluss-

Spiel gehören ebenfalls zum Programm. Mit dem Geld von Eon werde außerdem für jedes Mitglied ein Handtuch und ein T-Shirt zur Erinnerung an das Zeltlager finanziert.

Wie beim richtigen Zeltlager gibt es auch virtuell Grußworte, die eingespielt werden. Die Gewinner der Wettbewerbe erhalten Preise, sagte Klinge.

HINTERGRUND

500 Mitglieder in 41 Jugendwehren

Die Kreisjugendfeuerwehr Hofgeismar ist der Dachverband der Jugendfeuerwehren im Kreisteil Hofgeismar. Er vertritt den Feuerwehr-Nachwuchs auf hessischer Ebene. Derzeit gehören 41 Jugendfeuerwehren mit etwa 500 Mitgliedern in den neun Kommunen des Altkreises dazu.

Männergruppe informiert sich über Russland

Hofgeismar – Die Männergruppe der Stadtkirchengemeinde Hofgeismar lädt wieder zu einem Zoom-Abend ein. Diesmal wird ein ausgewiesener Kenner der russischen Politik als Gesprächspartner über Internet zu Gast sein.

Johannes Voswinkel, Leiter des Moskauer Büros der Heinrich-Böll-Stiftung, soll am Freitag, 30. April, ab 20 Uhr, zugeschaltet sein. Als Einstieg ist vorgesehen, dass Voswinkel kurz über die aktuelle politische Lage in Russland berichtet. Danach steht er für Fragen und einem Gespräch zur Verfügung. Spannende Themen sollte es genug geben, angefangen beim Giftanschlag auf den Oppositionspolitiker Alexej Nawalny, über den Truppenaufmarsch Russlands an der Grenze zur Ukraine, bis hin zur geplanten Gaspipeline von Russland nach Deutschland, um nur einige zu nennen.

Johannes Voswinkel absolvierte ein Volontariat an der Henri-Nannen-Journalistenschule in Hamburg, war von 1998 bis 2013 Moskau-Korrespondent des Stern und der Zeit. Seit 2015 leitet er das Moskauer Büro der Heinrich-Böll-Stiftung.

Der Link, um sich in den Zoom-Abend einschalten zu können, steht auf der Website evangelische-kirche-hofgeismar.de oder kann über E-Mail über die Adresse markus.schnepel@ekkw.de angefordert werden.

Weitere Informationen gibt es bei Pfarrer Markus Schnepel, Telefon: 0 56 71/28 33

Landkreis kürt Gewinner der Nisthilfen-Aktion

Landkreis Kassel – Die Gewinner der vom Landkreis ausgerichteten Nisthilfen-Aktion „Neues Zuhause für Sperlinge, Fledermäuse, Mauersegler und Co.“ stehen fest.

Seit Anfang Februar haben sich laut Kreisangaben fast 200 Interessierte um eine kostenlose Nisthilfe für heimische Vogelarten und Fledermäuse beworben. Nun sind die Gewinner für 15 Sperlingskoloniehäuser, zehn Nist- und Einbausteine und vier Fledermaus-Wand-schalen ermittelt worden.

Ziel der Aktion sei es, die Menschen im Kreisgebiet auf den Lebensraumverlust vieler heimischen Arten aufmerksam zu machen, sagt Angelika Schröder, Artenschutzbeauftragte beim Landkreis Kassel.

Durch Gebäudesanierungen und Hohlraumversiegelungen würden Quartiere und Unterschlüpfte zunehmend verschwinden. Mit den kostenlosen Nisthilfen wolle der Kreis Anreize zum persönlichen Artenschutzengagement setzen.

„Wir werden in den nächsten Monaten überprüfen, ob die Anbringung der Objekte sachgerecht erledigt wurde. Außerdem wird eine Dokumentation zu jeder einzelnen Nisthilfe angelegt, damit wir die Erfolge belegen können“, sagt Angelika Schröder.

Eine artgerechte Anbringung der Nisthilfen sei notwendig, da die Tiere die Nisthilfen sonst nicht nutzen würden.

Windkraft: Aktionsbündnis fordert Online-Konferenz

Genehmigungsverfahren für Pläne im Reinhardswald – Gegner kritisieren Ablauf

VON MATTHIAS MÜLLER

Reinhardswald – Auch wenn in diesen Tagen vorrangig die Ankündigung eines neuen Windparks bei Oedelsheim für Gesprächsstoff sorgt: Die schon länger laufende Diskussion um ein anderes Windprojekt in der Region ist längst nicht abgeschlossen.

Im Gegenteil: Im Genehmigungsverfahren um den Windpark Reinhardswald steht die Erörterung der Einwendungen an, die gegen das Projekt beim Regierungspräsidium Kassel (RP) eingegangen sind. Kritik kommt dabei vom Aktionsbündnis Märchenland am Ablauf. Dieser sei nicht transparent genug und möglicherweise sogar rechtswidrig, lautet die Einschätzung der Projektgegner.

Der Hintergrund: Wie mehrfach berichtet, will die Windpark Reinhardswald GmbH & Co. KG, an der über die Energiegenossenschaft Reinhardswald (EGR) auch Kommunen aus der Region beteiligt sind, in dem Waldgebiet 18 Anlagen errichten. Jeder Anlagenstandort werde einzeln auf seine Genehmigungsfähigkeit anhand der gesetzlichen Vorgaben geprüft, hatte das RP mehrfach betont. Wenn diese eingehalten würden, müsse die Behörde die jeweilige Anlage genehmigen. Gegen das Projekt

gibt es Widerstand aus den Reihen der Kommunalpolitik und von Bürgerinitiativen. Das war zum Teil auch im Kommunalwahlkampf ein Thema. Beispielsweise in Trendelburg, wo die Freien Wähler, die sich klar gegen Windkraft im Reinhardswald aussprechen, deutlich zulegten und nur knapp die absolute Mehrheit im Parlament verfehlten.

600 Einwendungen gingen beim RP ein

Wie kontrovers das Projekt diskutiert wird, zeigt sich auch an der Zahl der Einwendungen: Mehr als 600 gingen bis zum Ende der Frist am 4. Januar beim RP Kassel ein. Nun sollen diese besprochen werden, ab dem 29. April in einer vierwöchigen „schriftlichen Online-Konsultation“, schreibt Annette Müller-Zitzke vom Aktionsbündnis Märchenland. Dieses Format solle in Coronazeiten das Verfahren einer Präsenzerörterung ersetzen, hatte das Regierungspräsidium bereits im Januar angekündigt.

Hier setzt nun die neuerliche Kritik des Aktionsbündnisses an. Eine Erörterung solle üblicherweise sämtlichen Einwendern Gelegenheit geben, sich aktiv und öffentlich Punkt für Punkt in den ver-

schiedenen Themenbereichen mit Fragestellungen und vertiefenden Hinweisen an Antragssteller- wie Behördenvertreter zu richten, sagt Müller-Zitzke. „In Form von Frage und Antwort, Rede und Gegenrede soll so in transparenter, kommunikativer und in für alle Anwesenden nachvollziehender Weise die weitere Klärung wichtiger Inhalte erreicht werden.“ Nicht ansatzweise könne aber die seitens des Regierungspräsidiums nun anberaumte Online-Konsultation, „die lediglich über Wochen die Möglichkeit bietet, individuelle schriftliche Ergänzungen isoliert am heimischen Computer einzubringen, diesem Anspruch auf Transparenz, Mitwirkung und vor allem zum Teil erst im kommunikativen Prozess entstehender Sachaufklärung gerecht werden.“ Unter Juristen werde zudem derzeit die Auffassung vertreten, dass das Instrument der ersetzenden Online-Konsultation rechtswidrig sei, heißt es vom Aktionsbündnis. Die Projektgegner fordern daher vom RP, im Zuge der Anhörung „auch eine technisch längst mögliche virtuelle Antragskonferenz anzusetzen“. Dies gelte umso mehr, als der Verfahrensgegenstand zum Bau von 18 Windanlagen im Reinhardswald „von bekannt hohem öffentlichen Interesse“ sei.



Windkraft im Wald: Wie hier im Kaufunger Wald bei Großalmerode wollen Investoren auch im Reinhardswald Windräder aufbauen.

ARCHIVFOTO: BORIS NAUMANN